

Laibacher Zeitung.

Nr. 76.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 2. April

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 40 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsbettel jedesm. 50 fr.

1868.

Amtlicher Theil.

Gesetz vom 29. März 1868

betreffend die Forterhebung der Steuern und Abgaben, dann die Bestreitung des Staatsaufwandes für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1868;

gültig für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich zu erlassen, wie folgt:

Art. 1. Die mit dem Gesetze vom 31. December 1867 (Nr. 1 des R. G. B. v. J. 1868) dem Ministerium ertheilte Ermächtigung, die bestehenden directen und indirecten Steuern und Abgaben sammt Staatszuschlägen nach Maßgabe der gegenwärtig bestehenden Besteuerungsgesetze für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1868 fortzuerheben und die in dieser Zeit sich ergebenden verschiedenen Verwaltungsauslagen nach Erforderniß für Rechnung der durch das Finanzgesetz für das Jahr 1868 bei den bezüglichen Capiteln und Titeln festzustellenden Credite zu bestreiten, wird in gleicher Weise auf die Monate April, Mai und Juni 1868 ausgedehnt.

Art. 2. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wird der Finanzminister beauftragt.

Ofen, am 29. März 1868.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p. Taaffe m. p. Plener m. p.
Fasner m. p. Potocki m. p. Giskra m. p. Herbst m. p.
Breslauer m. p. Berger m. p.

Am 31. März 1868 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das X. Stück des Reichsgesetzblattes angedruckt und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 29 das Gesetz vom 29. März 1868 betreffend die Forterhebung der Steuern und Abgaben, dann die Bestreitung des Staatsaufwandes für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1868; gültig für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder. (Nr. 76. Nr. 77 vom 31. März).

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 1. April.

Der Ausgang der Schulgesetzdebatte im Herrenhause wird wohl die verschiedenen, in den letzten Tagen aufgetauchten Gerüchte von reactionären Strömungen definitiv zum Schweigen bringen. Auch bei den Gegnern wird sich zuletzt die Einsicht Bahn brechen, daß das Gesetz nicht eine Trennung der Schule von der Kirche — wie das geläufige Schlagwort für die Massen lautet — sondern vielmehr eine innigere Verbindung beider bewirken werde. Ohnehin wird der Ortseelsorger als Mitglied des Schulrathes stets einen bedeutenden Einfluß ausüben. Bei dem streng religiösen Sinne unserer Bevölkerung ist ja die Befürchtung des Eindringens der Irreligiosität in die Schule eine rein imaginäre. Wir vertrauen der Zukunft und glauben, daß die katholische Kirche in ihrem innersten Wesen den Zeitbestrebungen durchaus nicht so schroff entgegensteht, als kirchliche Exaltados glauben machen wollen. In diesem Glauben bekräftigt uns eine in unerwarteter Weise den Gegnern des Concordats zu Hilfe kommende Stimme aus dem katholischen Clerus selbst. Einer der bedeutendsten Kirchenlehrer Oesterreichs, Domcapitular Dr. Josef Ginzl, ehemals Professor der Kirchengeschichte und des canonischen Rechts an der theologischen Lehranstalt in Leitmeritz, gegenwärtig Vicepräsident des dortigen geistlichen Egerer Collegs, bespricht in der Wiener „Allgemeinen Literatur-Zeitung“ Nr. 12, die Schrift des Grafen Lubiencki über „das Concordat in Oesterreich.“ Der polnische Graf hatte erklärt, daß eine Revision des Concordats eben so unzeitgemäß, als die Aufhebung desselben unmöglich sei. Dagegen bemerkt Dr. Ginzl:

„Wie wenig diese Ansicht zutreffend sei, dürfte die einzige Bemerkung darthun, daß der römische Stuhl, welcher eine Verhandlung über Revision des Concordats nicht von der Hand wies, das Zeitgemäße einer solchen thatsächlich anerkannt hat. Zu den Sätzen Lubiencki's, das Concordat sei ein feierlicher Vertrag, den zu brechen ein Sacrilegium wäre, sage ich: ja, ja, so ist es. Deshalb ist auch die österreichische Staatsregierung so weit entfernt von einem Bruche dieses Vertrages, daß sie schon am 20. Juli v. J. im Abgeordnetenhaus durch Herrn v. Hye feierlich erklären ließ: „Sie sei aufrichtig bemüht, für die Lösung aller Fragen, welche in das

kirchliche Gebiet und zugleich in die Rechtssphären der Staatsgewalt einschlagen, vorerst eine conciliatorische Verhandlung mit der Kirche auf eine solche Art einzuleiten, daß selbst jeder Anschein der Mißachtung bestehender Vertragsverhältnisse vermieden werde.“ Und die Staatsregierung hat es bei dieser Zusage nicht bewenden lassen, sondern sie ist in die Verhandlung wirklich eingetreten und hat damit ihre Achtung vor der Heiligkeit der Vereinbarung vom 18. August 1855 bewiesen.

Wenn jedoch Graf Lubiencki aus der Natur des Concordats als eines Vertrages den Schluß ziehen zu dürfen glaubt, die Aufhebung des Concordats sei unmöglich, so muß die wissenschaftliche Kritik diesen Schluß als einen Fehlschluß bezeichnen. Aus dem Wesen des Concordats als eines zweiseitigen Rechtsgeschäftes folgt nur, daß jeder einseitige Bruch desselben, d. h. jede freiwillige Verletzung desselben von Seite des einen oder anderen Contrahenten moralisch und juristisch unmöglich, d. h. Sünde und Unrecht sei.

Kann denn aber ein Vertrag nicht aufgehoben und vernichtet werden ohne Verletzung von Seite der Vertragsschließenden? Diese Frage ist dem Grafen Lubiencki offenbar gar nicht in den Sinn gekommen, und überhaupt in dem Concordatsstreite besonders von einer Seite nicht nach Gebühr ins Auge gefaßt worden. Und dennoch hängt von ihrer richtigen Erwägung allein ein unparteiisches Urtheil in der Sache ab.

Es ist ein unbestreitbarer Rechtsatz, daß ein Vertrag ohne und gegen den Willen der den Vertrag Schließenden seine Geltung und seinen Rechtsbestand verliert und einbüßt, wenn solche Thatsachen eintreten, die die Erfüllung des im Vertrage Bedingenen dem einen oder anderen Theile unmöglich machen. Solche, einen Vertrag vernichtende und aufhebende Thatsachen sind in Oesterreich betreffs des Concordats eingetreten, so daß der schlafste Verstand diesen Thatsachen gegenüber anerkennen muß, das Concordat habe hier seine Geltung verloren, oder dieselbe sei wenigstens in Frage gestellt.

Das Concordat vom 18. August 1855 war für den ganzen Umfang des Kaiserthums Oesterreich geschlossen und durch kaiserliches Patent vom 5. November jenes Jahres für das ganze Reich als verbindendes Gesetz kundgemacht worden. — In den Umfang des Kaiserthums gehörten damals noch die Königreiche Lombardie und Venedig; auch für diese Länder hat daher das Concordat Geltung. Hat es diese Geltung für die genannten Länder noch? Ist der Kaiser von Oesterreich und seine Regierung noch vertragsmäßig gebunden, das Concordat in der Lombardie aufrecht zu erhalten? Der gemeinste Verstand verneint diese Fragen mit Entschiedenheit; denn er kennt die Thatsachen, welche den Rechtsbestand des Concordates für diese Länder aufgehoben haben. In dem Abkommen von Villafranca trat der Kaiser von Oesterreich die Lombardie durch Frankreich an den König von Sardinien ab, und so war für ihn und seine Regierung mit dem Verluste jenes Landes auch alle Pflicht zur Aufrechterhaltung des Concordats in demselben, die ihm unmöglich geworden war, erloschen. Wie 1859 das Concordat seinen Rechtsbestand in der Lombardie verlor, so im Juli 1866 für Venedig — durch die Abtretung dieses Landes an den Kaiser der Franzosen. Wir sehen daraus, daß ein Vertrag den andern aufhebt und daß das österreichische Concordat, das gleich den meisten Staatsverträgen auf „immerdar“ war geschlossen worden, seine Geltung für den ursprünglichen Umfang des Reiches nicht behaupten konnte.

Nicht anders ist die Sache in den ungarischen Ländern des Reiches; auch für diese Länder hat das Concordat seine Geltung verloren, und zwar in Folge der im Jahre 1867 wieder ins Leben getretenen Verfassung Ungarns.

Wie steht es endlich um den Rechtszustand des Concordates in den nicht ungarischen Ländern der Monarchie? Er ist, meines Erachtens, auch in diesen Ländern in Folge der ihnen gegebenen Verfassung wenigstens in Frage gestellt; denn es ist dem constitutionellen Monarchen bei Haltung dieser Verfassung unmöglich geworden, das Concordat in seinem vollen Rechtsbestande aufrecht zu halten und die Beseitigung desselben auf dem Wege der verfassungsmäßigen Gesetzgebung hinauszuhalten. Da die Verleihung dieser Verfassung für die Krone ein Act der politischen Nothwendigkeit war und der Monarch fortan in Ausübung des Gesetzgebungsrechtes an die Mitwirkung des Reichsrathes gebunden ist, legt es sich von selbst nahe, daß die fernere Geltung des Concordates für die im Reichsrathe vertretenen Länder in Frage gestellt

ist. Wie kann man der Krone ansinnen, zur Aufrechterhaltung des Concordates den tagenden Reichsrath aufzulösen, oder gar die Verfassung aufzuheben? Das hieße ihr ansinnen, diese Reichsländer in Revolution zu versetzen.

Diese von mir berührten Thatsachen und Verhältnisse, welche den Rechtsbestand des österreichischen Concordates aufgehoben haben oder in Frage stellen, liegen so offen vor, lassen sich so wenig wegraisonniren und sind so unerbittlicher Natur, daß sie unzweifelhaft nach ihrem vollen Gewichte bei dem h. Stuhle werden erkannt und gemogen werden und die erleuchtete Weisheit desselben die Maßregel treffen wird, welche geeignet ist, diesen Thatsachen und Verhältnissen ihrerseits die gewünschte und verdiente Rechnung zu tragen.

Wenn Graf Lubiencki im Falle der Aufhebung des Concordates den Indifferentismus, Rationalismus, den parlamentarischen Liberalismus, die Demokratie, den Absolutismus, die Bureaucratie und Anarchie kommen sieht, so kam ich in all' diesen Ungeheuern nur Bilder ungegründeter Furcht erkennen; denn wahrlich, an Indifferentismus, Rationalismus, halbem und ganzem Unglauben unter den Katholiken Oesterreichs gab es und gibt es unter der Herrschaft des Concordates bereits die Hülle und Fülle; und es heißt der Kirche in Oesterreich ein Armuthszugniß ausstellen, wenn man sie, falls sie der Stütze des Concordates verlustig geht, für ganz unmöglich erklärt, dem religiösen und sittlichen Verderben zu steuern. Ich lebe vielmehr der Hoffnung, es werde der Kirche in den nicht ungarischen Ländern Oesterreichs auch bei revidirtem oder aufgehobenem Concordate nicht an jener Freiheit und Selbstständigkeit fehlen, deren sie zur fruchtbringenden Erfüllung ihrer erhabenen Sendung bedarf. Dafür ist mir Bürge das Wort der Reichsvertretung, welches in der Adresse des Abgeordnetenhauses an den Stufen des Thrones niedergelegt wurde: „Wir ehren die Unabhängigkeit der Kirche und sind weit entfernt, derselben jemals nahe treten zu wollen.“ Dafür bürgt mir aber vorzüglich die dem Reiche gewordene politische, verfassungsmäßige Freiheit. In ihr ist dem katholischen Volke das beste Mittel gegeben, seiner Kirche die nöthige Freiheit und Selbstständigkeit — falls sie ihr vorenthalten werden wollte — zu erringen; und diese erstrittene Freiheit wird sicher reichere Früchte bringen, als die ohne Mühe und Streit erworbene.“

Rede des Abgeordneten Dr. Coman in der Frage des Roheisenzolles.*

Ich habe nicht gedacht, daß eine Petition eines Vereines Anlaß geben werde, in einer so wichtigen volkswirtschaftlichen Frage des Roheisenzolles einen bestimmten Antrag zu stellen und dadurch nothwendig die Raffinure oder die Roheisenproducenten zu schädigen.

Ich hätte gedacht, daß die Frage rücksichtlich des Zolles in Betreff der Eisenproduction, wie rücksichtlich der Production anderer Artikel, eine so bedeutende ist, daß sie nicht auf die Petition eines Vereines hin entschieden werden könnte. Weil aber der frühere Herr Vorredner, der hochverehrte Herr Dr. v. Figuly, den entscheidenden Antrag auf vollständige Aufhebung des Zolles eingebracht, und weil er uns aufgefordert hat, der Petition des Vereines für volkswirtschaftlichen Fortschritt unsere Aufmerksamkeit zu schenken, will ich ihm folgen und seinen Antrag ausführlicher beleuchten, nachdem ich glaube, daß ein so gefährlicher Antrag in volkswirtschaftlicher Richtung in diesem hohen Hause noch niemals eingebracht worden ist.

Das hohe Haus wird sich über das, was ich vorbringen werde, gewiß bestimmt fühlen, einem der Hauptzweige der österreichischen Production nicht sofort den Untergang zu bereiten.

Was die Eisenproduction für Oesterreich ist, das wird derjenige wissen, der die Alpenländer, Ungarn, Steierbürgen und auch Mähren und Böhmen kennt.

* In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. März wurde über eine Petition des Vereines für volkswirtschaftlichen Fortschritt um schnelle und vollständige Aufhebung des Roheisenzolles auf Roheisen, nachdem der Handelsminister die Erklärung abgegeben hatte, daß die Regierung den bestehenden Einfuhrzoll für zu hoch halte, aber nicht zur gänzlichen Aufhebung desselben sei, übrigens bei dem demnächst zur Vorlage kommenden und mit 1. Jänner 1869 ins Leben tretenden Vertrage mit dem Zollverein die Verabreichung des Zolles von 40 auf 25 kr. erwirkt habe, — zur Tagesordnung übergegangen. Vgl. übrigens den Sitzungsbericht in der Nr. 74 vom 31. März v. J.

Es ist fast kein österreichisches Land, welches nicht rückfichtlich der Eisenproduction sagen könnte: Ich habe in derselben eine der wichtigsten Quellen unserer Existenz. Ja, sie ist das Mittel, uns dasjenige zu ergänzen, was uns die Landwirtschaft nicht gibt. Von unseren Alpenländern kann man dies mit Entschiedenheit behaupten — und die Abgeordneten aus Steiermark, Kärnten und Krain werden es bestätigen — daß, wenn die Roheisenproduction stockt, der Eisenartikel nicht gesucht wird, der ackerbauende und Wein cultivirende Theil der Bevölkerung seine Artikel nicht absetzen kann, daß dann Armuth im ganzen Lande herrscht, und daß die verständigen Handelsleute in den bezüglichen Hauptstädten sagen müssen: Wir sind keine Freihändler, denn wenn unsere Eisenproducenten nichts erzeugen und nichts verkaufen, so haben die Einwohner unseres Landes nicht das Geld, um etwas zu kaufen. Die Verhältnisse dieser Länder sind derart, daß der Handelsmann, der ein geborner Freihändler ist, sich nicht zum System des Freihandels bekennen kann.

Ich bin überzeugt, daß in diesem hohen Hause so gewiegte Fachmänner in der vorliegenden Frage sitzen, daß auch die Einsicht somit eine so gereifte ist, daß ich nicht besorge, es könnte der Antrag des Herrn Abgeordneten v. Siguly einfach angenommen werden.

Aber eine Veranlassung, ins Specielle zu gehen, habe ich doch noch aus früheren Jahren. Als die hohe Regierung die Besteuerung der Eisenproduction aus der Form der Frohne in die Form der Montanreintragsteuer verwandelte und nur einen Maximalsatz von 5 pCt. aufstellte, hat das hohe Abgeordnetenhaus, trotzdem zwei warnende Stimmen dagegen gesprochen haben, die Maximalgrenze, welche die Regierung aufgestellt hat, verworfen und die Steuer in eine gewöhnliche Einkommensteuer verwandelt. Dadurch ist dieselbe zu einer 7perc. und zugleich auch obligat geworden, alle Umlagen und sonstigen Lasten zu tragen, so daß sie zu einer Steuer von 14—15 pCt. anwuchs.

Daselbe Jahr, meine Herren, hat Preußen, welches mit seiner Eisenindustrie in Rheinpreußen uns auf dem Weltmarkte bereits überflügelt hat, die einzigen 2 pCt. Steuer auf Eisenproducte aufgehoben! Das war die Antwort der preussischen Regierung und der preussischen Volksvertretung auf unsere fiscalischen Fürsichten.

Es ist dies eine Steuer, die unerträglich geworden ist und gewiß auch zum Theile zum fast gänzlichen Untergange der Eisenindustrie oder doch wenigstens zum Stillstande auf 3, 4, 5, 6 Jahre beigetragen hat. Seit her ist die Maximalgrenze auf 5 pCt. reducirt worden und ich stelle bei dieser Gelegenheit die Bitte an die hohen Ministerien für Volkswirtschaft und der Finanzen, daß sie rückfichtlich dieser Besteuerung ihre Aufmerksamkeit den bezüglichen ursprünglichen Gesetzen und der weiteren Gesetzgebung aus der Eistirungsgära widmen und daß sie in dieser Richtung, was die Montanreintragsteuer betrifft, in dem hohen Hause in nächster Zeit eine Vorlage einbringen, welche die österreichische Eisenindustrie ebenso zu schützen im Stande sein wird, als die preussische Gesetzgebung die preussische Industrie.

Wenn ich nun die Petition des Vereines für volkswirtschaftlichen Fortschritt, welche zur Grundfrage des heutigen Antrages dient, ansehe, so finde ich auf der zweiten Seite folgenden Satz:

„Der volkswirtschaftliche Verein sagt, es handelt sich um die Ausnützung einer unserer (des Vereines) Zwecken besonders günstigen Lage des Eisenmarktes zur Verwirklichung unseres Principes, der Einführung unserer Grundfrage in einem wichtigen, wenn auch noch sehr beschränkten Gebiete.“

Es ist Aussicht vorhanden, auf diesem Gebiete, aber auch nur zunächst auf diesem Gebiete einen Sieg zu erröchten, und es liegt in unserem Interesse, alles aufzubieten, um dem Freihandel wenigstens diesen Triumph zu bereiten. Wenn wir über unsere anderweitigen Wünsche schweigen, so verleugnen wir unsere Grundfrage nicht, nichts hält uns ab, in gleicher Weise zu gleichen Zwecken vorzugehen.“

Hier, meine Herren, ist es doch klar ausgesprochen, daß es sich darum handelt, eine große Bresche zu schießen in das System, welches der Staat gegenwärtig beobachtet, in das System des Zolles, in das unumgänglich notwendige System, wenn unsere Fabrication, unsere Industrie geschützt werden soll; hier ist klar ausgesprochen, daß es sich darum handelt, stufenweise vorwärts zu gehen, daß es sich darum handelt, die momentan ungünstige Lage, die momentane Verlegenheit der Roheisenherzeugung auszunutzen und bei dieser Gelegenheit mit Hilfe der Raffineurs die Regierung und die Volksvertretung zu drängen, daß sie einwillige, daß der Zoll auf Eisen aufgehoben werde.

Der Herr Berichterstatter, ein Fachmann erster Größe, der die Verhältnisse gründlich kennt, sagt ausdrücklich in dem Berichte: „Diese Calamität kann nicht länger als ein bis zwei Jahre dauern, sie müsse vorübergehend sein und sie wird auch vorübergehend sein.“ Soll also in dem Momente, als wir uns in diesen ungünstigen Verhältnissen befinden, ein Zoll aufgehoben werden, der dann nicht mehr aufgestellt werden kann, trotzdem sich die Verhältnisse, welche die Veranlassung zu dieser Aufhebung gegeben haben, vollständig geändert, vollständig behoben haben?

Die Petition sagt ferner, wir müssen das Princip des Freihandels aufnehmen, und bezieht sich auf England und etwa auch auf andere Staaten, doch mit ziemlichen Zugeständnissen, daß das Princip des Freihandels auch die anderen Staaten noch nicht vollständig angenommen haben.

Es sei mir doch gestattet, einen kleinen Rückblick auf die Geschichte der Entwicklung des Principes des freien Verkehrs und auf den heutigen Bestand desselben in den verschiedenen Staaten zu werfen.

Ist denn ein Staat in Europa, der den freien Verkehr vollständig zum Principe gemacht hätte? Keiner, auch England ist es nicht, auch England hat heute noch Zoll auf solche Artikel, welche es selbst nicht in hinlänglicher Quantität und Qualität erzeugt und wo es besorgt, daß die heimische Production durch die ausländische aus den Angeln gehoben, bedrückt werden und ganz zu Grunde gehen könnte. Wann ist aber England progressiv freihändlerisch geworden? Nach Maßgabe, als es industriell siegreich entwickelt war als andere Staaten, nach Maßgabe und im Verhältnisse und in Bezug auf jene Artikel, in welchen es alle anderen Völker überbot.

Das ist der Grundsatz: der Freihandel ist kein absolut richtiges System, ist keine absolute Wahrheit, der Freihandel ist vielleicht das natürlichste, ursprünglichste Princip gewesen, wo es keine Staaten gab; der Freihandel ist aber ein Princip, welches der Staat nur seinen Verhältnissen anpassend gegenüber anderen Staaten acceptiren oder verwerfen kann.

Wer anders handelt, opfert sich vielleicht anderen; die Opfer bringen nichts ein.

Das haben wohl auch alle anderen Staaten nicht gethan und alle anderen Staaten sind heute noch nach Maßgabe der Verhältnisse Schutzöllner.

Warum finden die Vertreter dieses Vereines nicht Preußen anzurathen, daß es unsern Wein zollfrei einführen lassen solle; sie sollen ihren Sitz in Berlin aufschlagen, nicht in Wien, welche von Oesterreich sagen, es sei noch nicht so entwickelt, und es werde sich erst dann entwickeln, wenn das Freihandelsprincip angenommen wird; allerdings wird sich der Handel dabei entwickeln, aber bei diesem Handel geht die Production Oesterreichs zu Grunde.

Und, meine Herren, ein großes Beispiel liefert uns doch Nordamerika. Nordamerika dürfte denn doch in mancher Beziehung, namentlich in praktischer und volkswirtschaftlicher Beziehung als Muster dienen. Zweimal hat man versucht, den Schutzöll in verschiedenen Richtungen aufzuheben, zweimal ist im Parlament die Stimme von Patrioten erhoben worden, welche sagten:

Was thut Ihr? Zurück zum Schutzöll! Man hat es gethan, die leeren Staatscassen haben sich gefüllt und die Industrie hat sich gehoben.

Das ist ein Exempel, daß wir wenigstens die Frage studiren und nur langsam und bedingt in das Princip des Freihandels und nur stufenweise hinein- und die Fortführung des Staatsaufwandes vom 1. April bis Ende Juni d. J. die Allerhöchste Sanction erhalten hat.

(Schluß folgt.)

34. Sitzung des Herrenhauses

vom 31. März.

Präsident Fürst Colloredo eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 40 Min.

Das Abgeordnetenhaus theilt die von demselben über das Gesetz betreffend die Geschäftsordnung gefaßten Beschlüsse mit. (Wird in einer der nächsten Sitzungen zur ersten Lesung gelangen.)

Se. Excellenz Ministerpräsident Fürst Auer-
perg: Ich habe die Ehre dem h. Hause mitzutheilen, daß das Gesetz betreffend die Forterhebung der Steuern und die Fortführung des Staatsaufwandes vom 1. April bis Ende Juni d. J. die Allerhöchste Sanction erhalten hat.

Graf Anton Auer-
perg überreicht Zustimmung- und Dankadressen aus Anlaß des Beschlusses über das Ehegesetz. Dieselben gehen aus von einer Anzahl in München lebender Oesterreicher, von der Stadtgemeinde Enns, von der Gemeinde Alpenreith-Kürnberg, von dem demokratischen Vereine und von dem volkswirtschaftlichen Vereine in Wien, von der Bezirksvertretung von Rindberg in Steiermark. (Die Adressen werden im Archive hinterlegt werden.)

Es wird zur Tagesordnung, nämlich Fortsetzung der Generaldebatte über das Schulgesetz geschritten.

Se. Excellenz Minister für Cultus und Unterricht Ritter v. Hasner ergreift das Wort, um den Standpunkt der Regierung in der Schulfrage zu kennzeichnen, und zeigt dann, daß es sich in dem vorliegenden Gesetze weder um die Omnipotenz des Staates, noch auch um eine eigentliche Trennung der Schule von der Kirche handle. Was den Vorwurf betrifft, daß man eine confessionslose Schule herstellen wolle, behält sich der Minister die weitere Ausführung für die Specialdebatte vor. Der Minister betont, daß eine Commission, welche er als Präsident des Schulrathes seinerzeit berief und

in welcher drei Geistliche, darunter ein Schuloberaufseher, waren, Grundsätze ausarbeitete, welche mit den jetzt von dem Abgeordnetenhaus beschlossenen vollkommen übereinstimmen, und das Ministerium Belcredi, welches doch gewiß nicht im Rufe des Radicalismus stand, habe denselben zugestimmt.

Auf die Frage der Studienfonds übergehend, verweist der Minister darauf, daß dieselben nie im Besitz der Kirche waren; die Frage sei eine Controverse, welche ausgetragen werden müsse; man werde aber wohl der Regierung das Vertrauen schenken, daß ihr das Eigenthum heilig sei. (Bravo.)

Berichterstatter Graf Hartig: Nach der umfassenden Darstellung des Herrn Ministers bleibe ihm wenig zu sagen übrig. Das vorliegende Gesetz sei kein eigentliches Schulgesetz.

Daß dem Staate die oberste Aufsicht in Schulsachen zukomme, habe das Haus schon in den Staatsgrundgesetzen anerkannt. Damit habe man aber noch nicht die Omnipotenz des Staates geschaffen. Den Satz, daß der Staat an der Schule kein Interesse habe, wie gestern ein Redner behauptete, wolle er gar nicht bekämpfen. Der Redner, der ihn aufstellte, werde ihn selbst nicht ganz ernst nehmen.

Die Familie habe allerdings das größte Interesse an der Volksschule; das werde aber gerade im Gesetze auf das vollste berücksichtigt, denn der größte Einfluß wird der Gemeinde, dem Bezirke, dem Lande zugewiesen, und gerade jene, welche das Recht der Familie so sehr betonen, sollten dieses Gesetz mit Freuden annehmen.

Es sei nur zu bedauern, daß die Staatsgrundgesetze nicht viel früher erschienen sind; wäre dies geschehen, wir wären wahrlich des ganzen Streites jetzt überhoben.

Der nöthige Einfluß der Kirche auf die Erziehung sei durch das Gesetz nicht beirrt, und die Majorität der Commission hätte demselben nie die Zustimmung gegeben, wenn sie gefürchtet hätte, daß der Kirche durch das Gesetz ein Unrecht zugefügt würde.

Man ihue Unrecht, immer von der Gefahr zu sprechen, welche die Kirche läuft, sobald ein Gesetz erlassen wird, welches dem Staate seine Rechte vindicirt. Die Kirche habe sich in Zeiten erhalten, wo sie vom Staate nicht nur nicht unterstützt, sondern geradezu angefeindet wurde, am allerwenigsten habe man aber da Grund dazu, wo, wie in diesem Gesetze, der Kirche ihr Einfluß auf die Schule gewahrt ist.

Sich gegen das Minoritätsvotum wendend, zeigt der Berichterstatter, daß gar kein Grund vorliege, das Gesetz an den Ausschuss zurückzuverweisen. Wenn es der Minorität nothwendig scheine, Änderungen an dem Gesetze vorzunehmen, könne dies im Wege der Amendirung der einzelnen Paragraphen geschehen. (Bravo!)

Se. Excellenz Ministerpräsident Fürst Auer-
perg erklärt, er müßte sich an den glänzenden Beweisen von Patriotismus, welche das Haus gegeben, versündigen, wollte er demselben die Annahme des Gesetzes noch weiter empfehlen. Da aber ein Minoritätsvotum vorliege, müsse er den Standpunkt der Regierung zu den beiden Anträgen präcisiren. Die Regierung schließe sich dem aufgeklärten Urtheile der Majorität an und ersuche deshalb das Haus bei seiner Beschlußfassung nicht den griechischen Kalender, sondern den österreichischen Geschäftskalender anzuwenden.

Der Staat sei eine große Familie und das Recht des Hauptes derselben, für die Erziehung und den Unterricht seiner Landesfinder zu sorgen, sei ein unveräußerliches.

Er hoffe, daß die Abstimmung weder dem Wissen der Regierung, welches gestern angegriffen wurde, noch dem Streben derselben ein Misstrauensvotum geben wird. (Bravo!)

Das Minoritätsvotum gelangt zur Abstimmung. Fürst Sanguszko glaubt, daß dasselbe erst nach der Specialdebatte zur Abstimmung gelangen soll.

Präsident Fürst Colloredo: Wenn die einzelnen Paragraphen angenommen sind, kann das Minoritätsvotum nicht mehr zur Abstimmung gelangen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird das Minoritätsvotum mit allen gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Es wird zur Specialdebatte geschritten.

§ 1 lautet nach den Beschlüssen des Abgeordneten-
hauses:

„Die Leitung und Aufsicht über das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen steht ausschließlich dem Staate zu und wird durch die hiezu gesetzlich berufenen Organe ausgeübt.“

Dagegen beantragt die Commission des Herren-

hauses folgende Fassung:

„Die oberste Leitung und Aufsicht über das Unterrichts- und Erziehungswesen steht dem Staate zu und wird durch die hiezu gesetzlich berufenen Organe ausgeübt.“

Berichterstatter Graf Hartig verliest die betreffende Stelle des Berichtes.

Freiherr v. Lichtenfels. Da er durch Krankheit verhindert war, im Ausschusse bei der Berathung der §§ 1 und 2 anwesend zu sein, wolle er jetzt seine Bedenken gegen die von der Commission vorgenommene

nen Änderungen aussprechen. Den Ausdruck „oberste“ Leitung wolle er beibehalten, weil derselbe im Art. 17 des St. G. G. über die allg. Rechte der Staatsbürger erscheine. Die Weglassung des Wortes „gesamte“ könne er aus demselben Grunde nicht befürworten, denn derselbe Art. 17 wäre dem entgegen.

Wollte man das Wort „gesamte“ weglassen, so könnte daraus gefolgert werden, daß das im Concordate dem Clerus zugewendete Aufsichtsrecht intact bleibe und neben dem Aufsichtsrecht des Staates bestünde. Würde man das Wort „gesamte“ weglassen, so könnte man dem Staate auch das Aufsichtsrecht über den Privatunterricht absprechen.

Gegen die Weglassung des Wortes „ausschließlich“ habe er nichts einzuwenden, da, wenn die „oberste“ Leitung des „gesamten“ Unterrichts dem Staate zugesprochen wird, die Ausschließlichkeit schon darin enthalten sei.

Er beantrage daher:

§ 1 habe zu lauten:

„Die oberste Leitung und Aufsicht über das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen steht dem Staate zu und wird durch die hiezu gesetzlich berufenen Organe ausgeübt.“

(Sehr zahlreich unterstützt.)

Berichterstatter Graf Hartig erklärt, er glaube im Namen der Commission sich diesem Amendement anschließen zu können.

Bei der Abstimmung wird § 1 nach dem Antrage des Freiherrn von Lichtenfels mit allen gegen 14 Stimmen angenommen (dagegen die Polen, Thun, Blome, Arndts, Salm).

§ 2 gelangt zur Debatte.

Es ergreift das Wort Graf Auerperg: Wenn ein Familienvater eine Änderung des Erziehungswesens seiner Kinder vornimmt und sich ihm ein Pädagog vorstellt, welcher ihm sagt, daß er ein ausgesprochener Feind des Fortschrittes sei, so wird der Vater sich fragen müssen, ob er diesem Manne einen Antheil an der Erziehung geben soll. Ein ähnlicher Zustand liegt uns vor. Kann ein Staat, welcher die Cultur der neuern Zeit angenommen hat, seinem Programm folgend, sich in einen permanenten Kampf mit den Forderungen der Zeit einlassen? Die Grenzen müssen hier abgegrenzt werden. Es ist uns allen klar geworden, daß es hier ein Princip gilt, das wir angenommen haben und welches fest bestimmt werden muß. In der vorliegenden Fassung liegt jedoch die Präcision nicht vor, wie sie das Abgeordnetenhaus vorgenommen. Durch die zufällige Anwesenheit der Majoritäts-Mitglieder der Commission und das Hinzutreten der Minoritäts-Mitglieder ist dieser Passus zu Stande gekommen. Was ist die religiös-sittliche Erziehung? Es ist ein immenses Gebiet, eine Handhabe, welche zu Mißbräuchen führen kann, die wir eben zu verhindern haben. Durch Annahme dieses Passus führen Sie das, was Sie eliminieren wollten, durch ein Seitenpförtchen wieder ein. Ich werde mir erlauben, einen Antrag auf Weglassung dieser Worte zu stellen. Wenn ich sie aus dem Gesetze hinausgeworfen sehen will, so will ich sie durchaus nicht aus dem Bildungsgange der Jugend hinausgeworfen wissen. Dagegen würde sich die Familie erheben, für die religiös-sittliche Erziehung hat zunächst die Familie zu sorgen. Den Namen Gottes lernt das Kind zuerst von der Mutter. Uebrigens hat auch die Kirche noch das weiteste Gebiet, in dieser Beziehung zu wirken. Redner stellt schließlich den Antrag auf die Herstellung der ursprünglichen Fassung des Abgeordnetenhauses. (Wird gering unterstützt.)

Freiherr v. Hof. Ich stimme vor allem den Motiven bei, welche den Grafen Auerperg zur Stellung seines Antrages bestimmten. Allein so wahr sie auch sein mögen, so wahr ist es auch, daß der Antrag sein Ziel überschießt und zu weit geht.

Die gesamte religiös-sittliche Erziehung bildet eben den größten Theil des Unterrichtes, und der Staat darf darauf nicht verzichten. Allein auch die Religions-Genossenschaft kann sich auf den Religionsunterricht allein nicht beschränken, soll sie mit Erfolg wirken können, und erlaube mir daher den Antrag zu stellen, statt der Worte „religiös-sittliche Erziehung“ die Worte: „religiöse Uebungen“ zu setzen.

(Der Antrag ist stark unterstützt.)

Der Antrag der Commission, resp. des Frh. von Hof, wird nach längerer Debatte mit großer Majorität angenommen.

§ 3, welcher lautet:

„Die vom Staate, von einem Lande oder von Gemeinden ganz oder theilweise gegründeten oder erhaltenen Schulen und Erziehungsanstalten sind allen Staatsbürgern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses zugänglich.“

Wird in der von der Commission beantragten Fassung angenommen.

Zu Alinea 2 des § 4 stellt Fürst Sangusko den Abänderungsantrag: Dieselben können die Zuerkennung der Rechte einer öffentlichen Anstalt nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie sich dem Gesetze für das Unterrichtswesen unterwerfen und allen gesetzlichen Bedingungen für die Erwerbung dieser Rechte entsprechen wird.

Fürst Jablonowsky unterstützt diesen Antrag.

Unterrichtsminister Hasner erklärt sich dagegen.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort. Bei der Abstimmung wird der Commissionsantrag mit großer Majorität angenommen, der Abänderungsantrag des Fürsten Sangusko dagegen abgelehnt. Dafür erheben sich nur 7 Stimmen; zu § 5, welcher lautet:

Die Benützung von Schulen und Erziehungs-Anstalten für bestimmte Glaubensgenossen ist Mitgliedern einer anderen Religions-Gesellschaft durch das Gesetz nicht untersagt, beantragt Fürst Jablanowski den Zusatz, „kann jedoch zwangsweise nicht verfügt werden.“

Frh. v. Lichtenfels hält den Zusatz für überflüssig, nachdem das Gesetz klar genug sei.

Nachdem auch der Berichterstatter sich in diesem Sinne geäußert, wird der Zusatz abgelehnt und der Paragraph unverändert angenommen.

§ 6 spricht von der Zugänglichkeit der Lehrämter. Graf Gleispach beantragt einige nur stylistische Änderungen im Einklange mit der Fassung der Staatsgrundgesetze.

Unterrichtsminister Hasner erklärt sich mit denselben einverstanden.

Der Berichterstatter Graf Hartig schließt sich dem Vorredner an und empfiehlt ebenfalls die Änderungen des Grafen Gleispach. Bei der Abstimmung wird § 6 mit den beantragten Änderungen des Grafen Gleispach angenommen. § 7 handelt von den Lehrbüchern.

Dr. Zelinka hält die durch die Commission abgeänderte Fassung nicht klar genug, indem man folgern könnte, daß Art. V des Concordates dadurch nicht aufgehoben sei. Es könnte dann das Ordinariat Einsprache gegen die in den Gymnasien gebrauchten Lehrbücher erheben, um so mehr, als die Wissenschaft dort mit den Dogmen der Kirche nicht immer im Einklange stehe. Er beantragt daher folgende Fassung:

„Die Lehrbücher für den Gebrauch in den Volks- und Mittelschulen, sowie in den Lehrerbildungs-Anstalten bedürfen nur der Genehmigung der durch dieses Gesetz zur Leitung und Beaufsichtigung des Unterrichtswesens berufenen Organe.“

Freiherr v. Hof protestirt dagegen, daß die Dogmen der Kirche der Wissenschaft widersprechen, erklärt sich jedoch für den Antrag Zelinka's.

Fürst Czartoryski nimmt seinen früheren Antrag auf Ersetzung des Wortes Mittelschule durch „Gymnasien“ wieder auf.

Bei der Abstimmung wird der Paragraph mit der Änderung Zelinka's angenommen. Der Antrag Czartoryski's abgelehnt.

§ 8 wird in der Fassung der Commission angenommen. Zu § 9 beantragt Graf Fünfkirchen, daß, da die oberste Leitung auch der Fachschulen nicht dem Unterrichtsministerium zugewiesen werden könne, statt „Unterrichtsministerium“ zu setzen: „den betreffenden Ministerien.“

Nachdem sich die Minister Auerperg und Hasner dagegen erklärt, wird der Antrag des Grafen Fünfkirchen abgelehnt, der Commissionsantrag dagegen angenommen.

§ 10 handelt von den Leitungs- und Aufsichts-Behörden.

Fürst Czartoryski beantragt die Aufnahme auch der Gymnasien unter die aufgezählten Anstalten. Dieser Antrag wird jedoch abgelehnt und § 10 in der von der Commission beantragten Fassung angenommen.

§ 11 wird ohne Debatte angenommen, ebenso § 12. Bei § 13, über die Durchführung dieser grundsätzlichen Bestimmungen, beantragt Fürst Jablonowsky die Annahme des vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Textes. (Wird von der Mehrheit unterstützt.) Das Haus erklärt sich bei der Abstimmung dagegen und für die von der Commission beliebte Fassung.

Die §§ 14 und 15 werden unverändert nach dem Vorschlage der Commission angenommen, ebenso der Titel des Gesetzes.

Auf Antrag des Berichterstatters erfolgt zugleich die dritte Lesung des Gesetzes.

Schluss der Sitzung nach 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag.

86. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 30. März.

(Schluss.)

Bei § 7 des Gesetzes über die Geschäftsordnung, welcher von dem Rechte der Minister und Chefs der Centralstellen handelt, in dem Hause sowohl wie in den Ausschüssen zu erscheinen, beantragt Abg. Dr. Leonardi in dieser Beziehung nicht nur das Recht der Minister, sondern auch die Pflicht derselben auszubringen, über die Einladung in den Ausschüssen zu erscheinen und daher den 3. Absatz dieses Paragraphen in folgender Weise zu formuliren: „Den Ministern und Chefs der Centralstellen liegt die Pflicht ob, den an sie ergangenen Einladungen entweder persönlich oder durch abgeordnete Stellvertreter nachzukommen.“

Nachdem Minister Dr. Berger den Ausschussantrag befürwortet, wird der § 7 nach dem Ausschussantrage angenommen.

Der geänderte § 11 wird ohne Debatte angenommen.

Bei § 12 beantragt Abg. Greuter zu bestimmen, daß statt der Unterschriften von 20 Mitgliedern zur Einbringung einer Interpellation die Unterschriften von 15 Mitgliedern genügend sein sollen, und begründet diesen Antrag damit, daß die Festsetzung von 20 Mitgliedern für eine Interpellation noch aus der Zeit der Februarverfassung herrühre, nach welcher das Haus 343 Mitglieder zählen sollte; es ist im Interesse der Billigkeit gelegen, durch eine solche Bestimmung auch der Minorität sozusagen noch das Wort für eine Interpellation offen zu halten.

Es wird hierauf § 12 mit dieser Änderung angenommen. Der geänderte § 15 und ebenso Titel und Eingang des Gesetzes werden ohne Debatte angenommen und hierauf das Gesetz auch in 3. Lesung endgültig zum Beschluß erhoben.

Nachdem hierauf Berichterstatter Dr. Dienst den Bericht über die Revision der Geschäftsordnung selbst verlesen, wird zur Specialdebatte der diesfälligen Ausschussanträge geschritten.

§ 1 wird hierauf in der vom Ausschusse vorgeschlagenen Fassung angenommen, ebenso die geänderten Paragraphen 4, 5, 8, 18, 20, 21, 25, 26, 33, 47, 51 und 57.

Bei § 60, zu welchem der Ausschuss folgende Bestimmungen als drittes und viertes Alinea vorgeschlagen hatte:

„Ob an die Beantwortung der Interpellation oder deren Ablehnung sich eine sofortige Besprechung des Gegenstandes derselben anschließen darf, entscheidet das Haus über einen darauf gestellten Antrag ohne vorausgehende Debatte.“

Die Stellung eines Antrages bei dieser Besprechung ist unzulässig.

Es bleibt aber jedem Mitgliede des Hauses überlassen, den Gegenstand in Form eines Antrages weiter zu verfolgen.“ beantragt Se. Excellenz Minister Dr. Berger, den letzten Satz dieses Alinea auf folgende Weise zu fassen:

„Es bleibt aber jedem Mitgliede des Hauses überlassen, den Gegenstand in Form eines selbständigen der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterliegenden Antrages weiter zu verfolgen.“

(Wird zahlreich unterstützt.)

Der Berichterstatter verzichtet auf das Wort, worauf zur Abstimmung geschritten und § 60 mit dem Abänderungsantrage des Ministers Dr. Berger angenommen wird.

Die folgenden §§ 66, 68 und 69 des Ausschussentwurfes werden ohne Debatte angenommen.

Das Gesetz wird hierauf auch in dritter Lesung angenommen.

Da die Tagesordnung erschöpft ist, wird hierauf die Sitzung um 1 Uhr 45 Min. geschlossen.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

Tagesordnung: 1. Erste Lesung der heute eingebrachten Regierungsvorlage. 2. Ergänzungswahl für den Concursauschuss. 3. Zweite Lesung der Concursordnung, eventuell 4. Zweite Lesung des Gesetzes über interconcessionelle Verhältnisse.

Oesterreich.

Best, 30. März. (In der heutigen Unterhaus-Sitzung) theilte der Präsident mit, es sei vom Präsidenten des croatischen Landtages die Anfrage eingelaufen, wann die Regniculardeputationen Croatiens und Ungarns wegen Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses beider Länder zusammentreten können. Die Wahl zur Ausfüllung der in der ungarischen Regniculardeputation entstandenen Lücken wird übermorgen stattfinden. Nach Anmeldung der Einläufe wurden folgende Gesetzentwürfe vorgelegt: Ueber den Zeitpunkt, von welchem die Gültigkeit der Gesetze beginnt; über die Angelegenheiten der griechisch-orientalischen Kirche; über Handels- und Gewerbetammern; über die Großwardeiner-Eisenerz Eisenbahn und Baranjar-Billanher-Flügelbahn, so wie Zalan-Agramer und Hadatner-Miskolczer Bahn und Weiterbau der ungarischen Nordbahn. Dann referirte das Fünfkörper-Finanzcomité über den Gesetzentwurf bezüglich der Restitution der Verzehrungssteuer bei Ausfuhr von Zucker und Spirituosen.

Tagesneuigkeiten.

— (Eine czechische Arbeiterversammlung.) Ueber Aufruf eines Comité's, das einen czechischen Arbeiterverein in Wien ins Leben rufen will, fand letzten Sonntag in Schekhaus bei Wien eine czechische Arbeiterversammlung statt. Wie ein Comité-Mitglied auszusprechen sollte, es Specialzweck des zu gründenden Vereins sein, die czechische Sprache, diesen ihreu Schatz, von die Mutter dabei den Czechen in die Fremde mitzugeben, zu schützen, weshalb die Verhandlungen ausschließlich in czechischer Sprache geführt werden sollten. Ubrigens verhielt der Referent, daß die czechischen Arbeiter mit den deutschen Brüdern Hand in Hand gehen wollen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Nachdem er noch die Orte zur Einzählung in den czechischen Arbeiterverein bezichnet, überraschte der Vorsitzende die Versammlung mit der Erklärung, daß er die Sitzung schließt. Die Mitglieder des Wiener Arbeiter-Entwicklungsvereins, die

